

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr normal 2,50 M., bei Zustellung unter Streifenband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1917 eingetragen.

Jahresabnahme des abgesetzten Hauptpreises über deren Namen 20 Pf., kleine Anzeigen des festgesetzten Wert 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Erwerbungsbeitrag 10 Pf., die Familien- und Verbandsabnahmen (22) der Zeitung frei. Inversteht für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 1 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 2708.

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Entente-Offensive gegen Ungarn.

## Konterrevolution des Imperialismus.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Budapest, 20. April.

Die Schicksalsstunde des ungarländischen Volkes hat geschlagen. Der siegreichen Revolution, die zur Diktatur des Proletariats führte, ist die Konterrevolution des Imperialismus gefolgt. Die Bundesgenossen der ungarischen Bourgeoisie haben gegen die Sowjetrepublik den Krieg begonnen. Den Weigen hat die rumänische Armee eröffnet, vermutlich werden die tschechischen und serbischen Armeen bald ihrem Beispiel folgen. Die ungarländische Arbeiterschaft erblickt in diesem Versuch zur gewalttätigen Wiederherstellung der Räterepublik eine offene Kampfanlage des internationalen Kapitalismus an den Sozialismus. In der letzten Sitzung des Budapester A. und S. Rates wurde Protest gegen diese Bergewaltigungspolitik erhoben, und die Volksbeauftragten Kruni und Kunz forderten die Arbeiterschaft auf, sich zu bewaffnen und so zu verhindern, daß die Entente der ungarischen Räterepublik das gleiche Schicksal bereite, wie seinerzeit der Pariser Kommune. Man wies darauf hin, daß das Schicksal der ungarischen Räterepublik nicht ausschließlich auf die bewaffnete Macht, sondern auf die unausbleibliche internationale soziale Revolution gegründet worden sei. Der Offensive des internationalen Imperialismus werde in kurzer Zeit die Offensive des Proletariats aller Länder gegen den Kapitalismus folgen.

## Sitzung des Budapester A. und S. Rates.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Budapest, 20. April.

Die A. und S. Räte des Budapester Bezirks hielten Sonntag nachmittags ihre zweite vereinigte Sitzung ab. Der Volkskommissar für Unterrichtsweisen Eigmund Kruni wies auf die Gefahren hin, die der Räterepublik drohen. Die rumänische Armee habe gegen die ungarische Räterepublik den Angriff begonnen auf jener Demarkationslinie, die bisher durch ungarische Truppen besetzt war. Ungeachtet der ungeheuren Niederlagen, mit der der Angriff erfolgte, mühten die roten Truppen sich zu halten. Für die Diktatur und für die Macht der Arbeiter, Bauern und Soldaten sei ein gefährlicher Augenblick gekommen. Das gesamte Proletariat muß sich zu einer gewaltigen Einheit zusammenschließen und mit Waffen in die Bresche treten.

Der Volkskommissar für Auswärtiges, Bela Kun, führte aus: Als wir in Ungarn die Proletariatsdiktatur begründeten, bauten wir unsere Berechnungen nicht darauf, daß wir mit militärischer Kraft in einem hoch allen Regeln der Kunst geführten Krieg der Ententeuppen standhalten können. Nun ist die rumänische Offensive erfolgt. Unsere Truppen waren teils erschöpft, teils ungeschulte Leute, und so konnte die rumänische Offensive im ersten Augenblick glücken. Szalma-nameth ist gefallen, die rumänischen Truppen stehen unmittelbar vor den Toren Nagysarad. Ein kleiner Teil unserer Truppen hat seinen Mann gestellt und bis zum letzten Blutstropfen gekämpft, der andere Teil dagegen hat seine Stellungen verlassen, die Verbände haben sich aufgelöst. Die rumänischen Truppen greifen überall mit Uebermacht an.

Wir glauben anfangs, die Entente habe die Absicht, die von General Smuts bezeichnete Demarkationslinie zu erreichen und nicht weiterzugehen. Heute ist die Lage eine solche, daß die Entente mit aller Kraft die Offensive gegen uns beginnen wird, um uns zum Los der Pariser Kommune zu verurteilen. Was die Bewaffnung und Ausrüstung anbelangt, stehen wir schlecht da. Nur wenn das Budapester Proletariat seine Opferwilligkeit bis ins Unerlässliche steigern kann, sind wir gerettet. Wir müssen uns vorläufig auf unsere eigene Kraft verlassen.

Sodann wurde beschlossen, daß die Hälfte des Regierungsrates und die Hälfte der gesamten Arbeiterschaft sich sofort an die Front begibt.

Budapest, 21. April 1919.

Die Rumänen sehen ihre Vordringen an mehreren Stellen fort. Eine wesentliche Aenderung ist in der allgemeinen Lage nicht eingetreten. Unsere Verhärtnungen sammeln sich gedehnt von mehreren Sicherungsstreifen; letztere stehen in der Umgebung von

Kateszaska, Erntehals alba und unmittelbar westlich und südlich von Nagysarad.

## Kongreß der A. und S.-Räte Ungarns.

Budapest, 20. April. (Ungar. Korr.-Bureau.)

Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Bela Kun, veröffentlicht einen Aufruf an die revolutionäre Arbeiterschaft und Arbeiterpresse aller Länder, in welchem er sie einlädt, Vertreter zu dem am 4. Mai zusammen tretenden Kongreß ungarländischer Arbeiter- und Soldatenräte zu entsenden.

## Sturz der Räte-Regierung in München?

T. U. München, 22. April.

Während noch gestern früh Bekanntmachungen des revolutionären Zentralrats erschienen, verkündete gegen 1 Uhr vormittags eine Proklamation der gesamten Garnison München, daß diese in letzter Nacht den Zentralrat abgesetzt und sich hinter die einzig rechtmäßige sozialistische Regierung Hoffmann gestellt habe. Übergeleitete, landfremde Agitatoren, von denen Dr. Wagner und Dr. Lipp, der Minister des Auswärtigen der Räterepublik mit Namen genannt werden, hätten das Volk mißleitet. München sei dadurch vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten gewesen. Jetzt aber ständen Lebensmittelliefer bereit. Neuer München würde der Kriegszustand verhängt.

T. U. München, 22. April.

Mühsam und Langsam sollen verhaftet, belien und Teller sollen entlassen sein. Die Schlinge ist mittlerweile ganz ungelöst. Gegen 1 Uhr wurden alle in der Stadt die Anschläge, welche verübt wurden, die ganze Garnison habe sich hinter das Ministerium Hoffmann gestellt, wieder heruntergerissen. Mehrere Verurteilte durchschwirren die Stadt. Beispielsweise Schreyer, habe mit der freiwilligen Volkswacht in Dachau bei München. Andere behaupten, die Garnison sei schon wieder zur Räterepublik abgewandert.

## Proteststreik in Stuttgart.

Gegen die Entsendung württembergischer Sicherheitsstruppen und Freiwilligenverbände nach Bayern zur Unterstützung der Räteregierung hat der Aktionsausschuß des geringsten Proletariats bei der württembergischen Regierung protestiert. Auf seine Intervention erhielt er die schrofferste Antwort, die Regierung könne kein geeignetes Proletariat. Daraufhin hat die Arbeiterschaft der Daimlerwerke und am Nachmittag auch die Firma Bosch noch vorerhöht geheimer Zustimmung, die über Zweibrücken-Mechern für den Proteststreik ergab, am 17. April geschlossen die Arbeit niedergelegt.

## Wiederaufnahme der Arbeit im Bankgewerbe.

Die Angestellten der Deutschen Bank versammelten sich am heutigen Dienstag morgen in den Germania-Sälen, um über die Wiederaufnahme der Arbeit und die Annahme des Schiedsspruches abzusprechen. Die Versammlung war so überfüllt, daß der Saal bereits um 9 Uhr gesperrt wurde und eine zweite Versammlung einberufen werden mußte. Bankbeamter Smonts referierte über die Einigungsverhandlungen und betonte, daß der Schiedsspruch ja nicht alle Wünsche der Bankbeamten restlos erfüllen, daß man aber mit dem bisher Erreichten zufrieden sein müsse. Er empfahl die Wiederaufnahme der Arbeit, ebenfalls der Vertrauensmann des Betriebsausschusses Stolpe. Sollte der Tarif, der bis zum 15. Juni fertiggestellt sein muß, die Wünsche der Bankbeamten nicht erfüllen, so habe man es in der Hand, einen neuen Streik zu organisieren, der mit Macht durchgeführt, die Ansprüche der Bankbeamten erfüllen werde. Eine der amnestierten Proletarier der Deutschen Bank erhob Protest dagegen, daß die Angestellten nicht ebenfalls durch das Mitbestimmungsrecht der Angestellten geschützt seien. In der folgenden Abstimmung entschied sich die Versammlung mit harter Mehrheit für Wiederaufnahme der Arbeit heute nachmittags um 2 Uhr.

Auch die Angestellten der Nationalbank entschieden sich mit Zweiermehrheit, heute die Arbeit wieder aufzunehmen. Von den übrigen Banken stehen die Resultate noch aus.

## Die Banken unterwerfen sich dem Schiedsspruch.

Berlin, 22. April.

Der Verband Berliner Bankleistungen hat der Geschäftsführer des Schlichtungsausschusses Groß-Berlins schriftlich mitgeteilt, daß er sich dem Schiedsspruch unterwerfe.

## Der Staatsstreich der baltischen Barone.

Von einem Kenner der baltischen Verhältnisse wird nach geschrieben:

Die Welt hat im Weltkrieg viel Wunderbares erlebt, daß aber ein Kaines Günstigen Aristokraten nach dem Zusammenbruch der monarchisch-aristokratischen Weltordnung der ganzen Welt keinmal ins Gesicht gesehen und entgegen der ungeheuren allgemeinen Demokratisierung einen aristokratisch-reaktionären Staatsstreich ins Werk gesetzt wird, darauf war man doch nicht gefaßt. Oder ist dieser baltische Staatsstreich nur der Vorläufer, sozusagen die Probe, eines deutschen monarchisch-reaktionären Staatsstreiches? Vorgearbeiten haben ja die Ruffe-Schleiermann genügend zur Stärkung der deutschen reaktionären Mittelklasse — wer weiß, was uns da noch blüht. Wenn für sich betrachtet, müßte man ja den Staatsstreich der baltischen Barone geradezu als eine Wahnsinnsthat, zum mindesten als einen Varedienst für die Deutschbalten selbst ansehen. Denn die lettlandische Regierung war von England und Frankreich anerkannt. Es drohen also internationalen Schwierigkeiten für die deutsche Regierung: Die Entente kann anfragen, wie die deutsche Militärverwaltung im Baltikum, der ja auch die baltische Landeswehr angegliedert ist, dazu kommt, ententefreundliche Regierungen zu stützen. Es war selbstverständlich, daß das kleine Heinen der baltischen Landeswehr sich niemals eine derartige Ueberraschung ausgetraut hätte, wenn es nicht der stillschweigenden Zustimmung der deutschen Militärverwaltung bedürftig gewesen wäre. Am vornehmsten muß aber die Begründung in dem Telegramm vom 16. April: warum die lettlandische Regierung gestürzt sei: weil in ihr die geistig höher stehenden Kreise und die Wehrmännermassen nicht vertreten gewesen wären. Man hätte die sämtlichen lettischen Regierungsglieder akademische Bildung! Wiso: der Dabe gehört, auch wenn er akademische Bildung besitzt, nicht zu den geistig höher stehenden Kreisen — zu diesen gehören ausschließlich und allein Barone und geistungsstärkliche deutsche Hochschüler. Noch weitwärtiger ist der Vorwurf von aristokratischer Seite, daß in der lettlandischen Regierung die Arbeitermassen nicht vertreten gewesen wären.

Es ist allerdings richtig, daß die lettlandische Regierung keine Vertreter der sozialistischen Parteien enthielt. Sie gründete sich auf den „Bauernbund“, den eine 70 000 Mitglieder angehörte und die demokratische Partei. Tatsächlich ist allerdings die lettische demokratische Partei sozialistischer als die deutsche mehrheitssozialistische; die meisten Mitglieder der lettlandischen Regierung waren für eine weitgehende Demokratisierung des Baltikums. Das Konfliktstoff mit den Baronen hat die Lettische abgegeben, daß die Barone kein Rücksicht auf ihre Befriedigung aufgeben wollten. Die lettlandische Regierung hatte, um der deutschen Wehrmacht, die sie als Stützpunkt durchaus hochschätzte, entgegenzukommen, zwei Kabinete, den Baron Rosenfeld und einen Herrn v. Helldorf, das He leinergait Lindenburg gemacht hatten. Die Abkündigung von ihrer Landesreise zum Zwecke der Aufhebung deutscher Kolonisten nun der lettlandischen Regierung gegenüber wiederholen zum Zwecke der Aufhebung lettischer landlicher Knechte, Tagelöhner usw. Diese Forderung wurde aber jetzt von deutsch-baltischer Seite Kraft abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß die Deutschen nicht nicht unzufrieden gegen die bolschewistische Funktion, die geforderter Wehrmacht ihre ungeschmackhaft werden. Da auch reichsdeutsche Soldaten in größerer Anzahl im Baltikum gegen die Bolschewisten kämpften und die Unterstützung der Regierung von Sowjetland, so sollten für die Staatskanderecken bereitgestellt werden. Die lettischen Landknechte wäre also wenig oder nicht nötig geblieben. Ein weiterer Konfliktstoff ergab sich aus der deutsch-baltischen Forderung, daß in baltischen Gemeinden



Bewerkschaftliches.

Die Buchdrucker und die neue Zeit.

In zwei Generalversammlungen (2. und 14. April) beschäftigten sich die Buchdrucker mit den brennendsten Fragen der Gegenwart. Der erste Vorsitzende, Massini, hielt ein Referat über die nächsten Aufgaben unserer Organisation...

Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Bezeichnend war der Standpunkt des zweiten Vorsitzenden des Hauptvorstandes, Graßmann. Mit beiden Füßen steht auf dem Boden der Tarifgemeinschaft lebend, erblickte er in dieser ein großes Stück Sozialismus...

Folgende Resolution fand Annahme: Die Generalversammlung des Berliner Gewerkschaftsbundes vom 2./14. April 1919 erucht den Vorstand, das System der Arbeiter- und Betriebsräte auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen und Rechte mit dem bisherigen bewährten Organisationskörper der Vertrauensmänner zu vereinen...

Eine andere, prinzipieller gehaltenen Resolution, die das Räteystem als das einzige Mittel zur Bekämpfung der Arbeiterklasse aus Lohnsklaverei und der privatkapitalistischen Wirtschaft und zur Überwindung der gesamten Produktion...

Einem Antrag, die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses nur durch solche Kollegen, welche das Räteystem anerkennen und die seitliche Politik der Gewerkschaftsführer beurteilen, vorzunehmen, gab Massini nicht statt...

Konstatiert werden kann, daß auch bei den Buchdruckern der Gedanke des Räteystems sich Bahn gebrochen hat.

Für das Räteystem.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin, hielt am Freitag seine Generalversammlung ab, die außerordentlich stark besucht war. Die Einnahmen betrugen im letzten Quartier des Jahres 1918 135.074,15 M., denen eine Ausgabe von 98.725,88 M. gegenüber stand...

Daraus wurde der Aktionsausschuss gebildet, dem die Kollegen Schröder, Rogon, Cohn, Dablik, Schmidt, Bierath und die Kollegin Osburg angehören.

Rogon sprach dann die von der Ortsverwaltung Berlin an den Verbandstag gestellten zahlreichen Anträge, die sämtlich angenommen wurden. Ein großer Teil der Anträge bezieht sich auf das Statut. Weitere Resolutionen verlangen die Schaffung einer Zeitschrift für die örtlichen Jugendsektionen...

Aus der Versammlung wurde noch beantragt, die Einberufung eines internationalen Kongresses der freigeberkschaftlich organisierten Handlungsgehilfen zu fordern, dem zuzustimmen wurde. Weiter wurde mit großer Mehrheit beschlossen, daß die zum Verbandstag aufgestellten Delegierten vor ihrer Wahl ihren Standpunkt zum Räteystem in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht darzulegen haben...

Im Laufe der Debatte wurden noch Anträge eingebracht, die gegen die freiwilligen Rekrutierungstruppen sich wenden und die in diesen Truppenverbänden künftigen Handlungsschritten anfordern, bis zum 1. Mai auszutreten, widrigenfalls sie zu gewärtigen haben, daß die Kollegen eine stärkere Zusammenarbeit mit ihnen ablehnen...

In einer Mitgliederversammlung des Verbandes der Glaser wurde zunächst von den Vorständen über die Durchführung des jüngst abgeschlossenen Tarifs berichtet. Danach haben sich zwar hier und da Schwierigkeiten ergeben, doch sind fast reiflos die Bedingungen erfüllt.

Darauf kam es zu einer Aussprache über die diesjährige Matzeier, wobei auch auf den bestehenden Belagerungszustand hingewiesen wurde. Eine einstimmig angenommene Resolution protestiert mit großer Entschiedenheit gegen das weitere Fortbestehen des Belagerungszustandes und fordert die Freilassung der politischen Gefangenen...

Die Versammelten verpflichten sich, am 1. Mai alle Arbeit ruhen zu lassen. Sollte bis zum 1. Mai der Belagerungszustand noch nicht aufgehoben sein, erwarten wir, daß die Gewerkschaften sowie die Parteien aller drei Richtungen in erster Linie den 1. Mai als Demonstration gegen den Belagerungszustand erklären und etwaige Entschlüsse an diesem Tage darauf Bezug nehmen müssen.

Generalversammlung der Maschinisten und Felzer.

In der quibusdam Versammlung gab Jacobi den Verwaltungsbereich. Danach erfordert der Achtstundentag, obwohl längst gesetzlich eingeführt, noch ziemliche Rämpfe. Durch das Abkommen anlässlich des Streiks der Warenhausangestellten, sind wesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt worden...

Dann berichtete Schlichting über die durchgeführten Lohnkämpfe und über die Verhandlungen mit Schöpflin über die Organisierung von Streikbrecherregimenten. Er teilte ferner mit, daß die Erwerbslosenunterstützung vom Verband ab 1. April in gleicher Höhe gezahlt werden soll, wie vor dem Kriege...

Die Aussprache wandte sich zunächst mit scharfer Kritik gegen die reaktionäre Haltung der Gewerkschaftsvorstände, die sich für die Verhinderung des Belagerungszustandes erklärt haben. Verantwortlich wird eine Resolution zu beschließen, worin den Verbandsvorständen das Mißtrauen der organisierten Arbeiterschaft ausgesprochen wird...

Ein Antrag aus der Versammlung wünscht den Verband angestellter eine einmalige Feuerungsbeihilfe von 500 Mark zu gewähren. Dem wird widerspruchslos beigestimmt. Zum Schluß wurde noch die Einführung der Branchenvereinigungen beschlossen. Größte Beifürzung rief die Nachricht hervor, daß im nächsten Monat ein Betrag von etwa 20.000 Mark gesammelt worden ist.

Die Schwesternschaft für den Anschluß an die freigeberkschaftliche Organisation.

Am Plenarsitzungslokal des Herrenhauses fand am 17. d. M. eine stark besuchte Versammlung der in Lazaretten, Kliniken und Krankenhäusern beschäftigten Schwestern und Pfleger statt. Stadtratsmitglied Genossin Kathilde Wurm schilderte in einem eindrucksvollen Vortrag die Kollage der Schwestern, die bisher willkürliche Werkzeuge der Ausbeutung gewesen sind...

Die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen der Referentin wurden von den Schwestern und Pflegern noch stark unterstützt. Besonders betont wurde die Unfreiheit der Schwestern und das rücksichtslose Verhalten des Korporalats Velde, der nicht nur verurteilt, den Versuch der Versammlung zu hinterzählen, sondern auch die Wahl von Vertrauensschwestern in den Lazaretten verboten...

- 1. Freie Ausrüstung bei Entlassung aus dem Militärdienst.
2. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf die gleichen Sätze, die für ledige Männer gezahlt werden.
3. Vermehrung der Anhalts- und Gemeindefreiwirtschaften.
4. Einführung paritätischer Stellenbeschaffung.
5. Einführung des Achtstundentages.
6. Zahlung auskömmlicher Löhne.

Über einstimmig wurde erklärt, nur der gewerkschaftliche Zusammenschluß und die Anknüpfung an eine der großen leistungs-fähigen Organisationen könne das Glend des Schwesternberufes mildern. Aus der Mitte der Versammlung wurde ein Antrag gestellt, eine Kommission zu wählen, die sofort mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Verbindung treten solle...

Entschlüsse. Die am 10. April versammelten Angehörigen der Frauenvereine u. Co., Berlin N 20, Carl Doffe u. Wrede Berlin N 20, Eggbrecht u. Sämann, Berlin-Pankow, Raschmühlstr. 10, Ruffelt u. Schellbach, Berlin-Pankow, Vereinigte Isolatorwerke u. Co., Berlin-Pankow, Wrenthalerstr. u. Brügger, Berlin-Pankow legen nachdrücklich Verwahrung gegen die Forderung der hiesigen Presse während des Streiks der Angestellten in der Berliner Metallindustrie ein...

Lebensmittel gegen den Geschäftsführer des Schuhverbandes Deutscher Schuhheller, Herrn Robert Breuer, gerichteten Angriffe beschäftigt. Nach eingehender Prüfung des gesamten Materials wurde festgestellt, daß die erbobenen Vorwürfe durchaus unbegründet sind. Die Versammlung billigt die vom gesamten Vorstand des Verbandes in dieser Angelegenheit erteilte Erklärung und sprach einstimmig Herrn Breuer das Vertrauen und den Dank für seine Geschäftsführung aus.

Die Forderung, daß Herr Breuer angeblich statt der beantragten Unterstützung „Spießdienste“ zugunsten haben soll, ist vom Schuhverband Deutscher Schuhheller dauernd mit nicht unerheblichen Beiträgen unterstützt worden. Herr Breuer hat sich außerdem, auch sonst auf das Euphorischste ihrer angenommen und hat wiederholt versucht, ihr Beibehaltung zu verschaffen.

Der belgische Sozialistenkongreß.

Amsterdam, 21. April.

Nach einer Habak-Neuer-Meldung aus Brüssel vom 20. April nahm der belgische Sozialistenkongreß eine Tagesordnung an, in der es heißt, die belgische Arbeiterpartei spreche sich gegen Vorkämpfer beim Abschluß von Verträgen oder Konventionen aus und fordere die Regierung auf, sich auf der Friedenskonferenz in dieser Hinsicht kräftig einzusetzen.

Weiter wurde der Antrag zu Ehren des Gedächtnisses Karl Liebknecht, Kurt Eisner, Rosa Luxemburgs und Januá angeordnet.

Sobald entschied sich der Kongreß fast einstimmig für folgende Tagesordnung: Die belgische Arbeiterpartei hat niemals aufhört, eine internationale Aktion des Proletariats als einen wesentlichen und notwendigen Bestandteil der sozialistischen Bewegung zu betrachten und bleibt Anhänger der zweiten Internationalen. Sie erklärt, in Erörterungen über ihre Teilnahme am Kongreß von Lugern einzutreten, sobald sie weiß, wo und unter welchen Bedingungen diese Versammlung einberufen ist. Sie hält dafür, daß das neue von der Bremer Konferenz geschaffene Vollzugsorgan am 25. April in Amsterdame zusammenzutreten soll und daß die belgische Arbeiterpartei sich auf dieser Konferenz vertreten lassen wird...

Der Kongreß sagte einmütig den Beschluß, daß die internationalen Beziehungen wieder aufgenommen werden müssen, und lehnte mit starker Mehrheit eine Tagesordnung ab, welche besagt, daß der Kongreß sich über seine Teilnahme am Lugerner Kongreß nicht schlüssig machen könne, weil er nicht weiß, wo und unter welchen Bedingungen diese Versammlung einberufen sei. Die Ablehnung dieses Antrages wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Amsterdam, 22. April.

Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ wird aus Paris gemeldet, daß die Schweizerische Sozialistenpartei mitgeteilt hat, daß sie an der Konferenz des internationalen sozialistischen Bureau in Amsterdam nicht teilnehmen wird.

Waffenstillstand zwischen Entente und Rußland?

Amsterdam, 18. April.

Im Transsibirien aus Moskau meldet: Mit Lenin ist ein Waffenstillstand in Sicht. Eine der Bedingungen wird die Ernährung Rußlands durch eine neutrale Organisation sein, an deren Spitze der Nordpolarischer Raufahrt steht. Der französische Einwand gegen die Durchführung dieses Waffenstillstandes wird man wahrscheinlich in den nächsten 24 Stunden beheben lassen. Mit den bolschewistischen Streitkräften wird man wahrscheinlich zu einer Verständigung kommen, so daß die Verteilung der Lebensmittel durch die Vertreter Konstantin ausgerollt wird. Der Waffenstillstand stammt aus den Vorschlägen Lenins in einem Brief, den Lenin von Moskau gebracht hat. Die Bolschewisten in Rußland sind Friede und möchten Lebensmittel kaufen, um in Rußland die Industrie wieder zu beleben. Ihr Regime erickt ein, wenn sie nicht solche Zustände wieder schaffen können, unter denen das Volk leben kann. Auch Mexiko und England ist an einem Waffenstillstand viel gelegen, da sie dann die Truppen von Mexiko und aus Sibirien zurückziehen können.

Aus der Parteipresse.

Unabhängige Sozialdemokratie oder Kommunistische Partei?

Unter diesem Titel erschien im Verlage der „Volkzeitung“ für das Vogtland in Plauen i. S. eine Broschüre von Fritz Guntz, die das Verhältnis der U. S. D. zur kommunistischen Partei untersucht und die trennenden und die einigenden Momente heraushebt. Der Preis beträgt 15 Pf., beim Bezug von mehr als 50 Stück ermäßigt er sich auf 10 Pf.

Die „Kämpferin“. Die soeben erschienene Nr. 2 der Zeitschrift enthält folgende Beiträge: Die Lage der Krankenschwestern. Die Rätekonferenz. Religion, Unterricht und Schule. An der Front. Die Rätekonferenz. Die englische Arbeiterbewegung. Die Abschaffung des Privatbesitzes. Frauenberufstätigkeit in Weimar. Die erste Rede in der Nationalversammlung. Eine Regierungspolitik. Die erste Frauenvorrede in der verfassunggebenden Nationalversammlung in Weimar. Aus der Zeit: Die erste Frauenvorrede in Weimar. Die erste Frauenvorrede in Weimar. Die erste Frauenvorrede in Weimar.

Der „Sozialist“. Die soeben erschienene Nr. 10 enthält folgende Beiträge: Das Festschreiben von Ad. Preitow. Die zweite Parteikonferenz von O. Jenken. Das Oberste. Die erste Parteikonferenz von O. Jenken. Die erste Parteikonferenz von O. Jenken. Die erste Parteikonferenz von O. Jenken.

